



## Im Bundestag diskutiert

Die umstrittene PKW-Maut, offizieller Name „Infrastrukturabgabe für die Benutzung von Bundesfernstraßen“, wurde in erster Lesung im Bundestag debattiert. Damit inländische Fahrzeughalter nicht zweimal zur Kasse gebeten werden, wird im Verkehrssteueränderungsgesetz eine Entlastung in Höhe der Infrastrukturabgabe festgeschrieben. Der stellvertr. Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion für den Bereich Verkehr und Infrastruktur, Sören Bartol, nannte die PKW-Maut einen der Kompromisse, die in einer großen Koalition nötig seien. Jetzt kann der Entwurf diskutiert werden und er wird nach dem Struck'schen Gesetz nicht so verabschiedet werden wie er vorgelegt wurde.

Die Bundeswehr soll als Arbeitgeber attraktiver werden, durch flexiblere Arbeitszeiten von höchstens 41 Wochenstunden für die Soldaten im Grundbetrieb, außerdem geplant ist mehr Verdienst und eine bessere soziale Absicherung durch eine Nachversicherung für die Altersrente. Zugestimmt hat der Bundestag in namentlicher Abstimmung auch der Fortführung der Beteiligung der Bundeswehr an der Militärmission der EU in Mali; rund 350 Soldaten sollen zusätzlich entsandt werden.

105 Minuten lang debattierten die Abgeordneten vor der namentlichen Abstimmung über eine viermonatige Verlängerung der Finanzhilfen zugunsten Griechenlands. Voraussetzung dafür sind eine lange Liste von Reformmaßnahmen, die die griechische Regierung anpacken muss und um die in den vergangenen Tagen in Brüssel hart gerungen wurde. Griechenland wird in den Antrag des Finanzministers aufgefordert, keine Maßnahmen rückgängig zu machen, die die dringend nötige wirtschaftliche Sanierung und Erholung des Landes gefährden könnten.

## TTIP Konferenz in Berlin



Die Arbeit in Berlin begann nach zwei Wochen Sitzungspause mit einer Konferenz zu den geplanten Freihandelsabkommen TTIP und CETA.

Vor dem Willy-Brandt-Haus demonstrierten Gegner mit einem trojanischen Pferd, drinnen zeigte Parteichef Sigmar Gabriel Verständnis für die Zweifler. Deshalb werde er sich weiterhin für Transparenz, Aufklärung und einen intensiven Dialog über Chancen und Risiken einsetzen. Für die geplanten Schiedsgerichte, die zwischen Investoren und Staaten vermitteln sollen, werden durch unabhängige Richter anstelle von privaten Anwälten ersetzt. Außerdem sollten die Verfahren öffentlich ausgetragen werden. Im Juni wird es einen Parteikonvent zu TTIP geben. EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström sicherte Gabriel bei seinen Bemühungen, zur Schaffung eines internationalen Welthandelsgerichtshofes Unterstützung zu.

Liebe Genossinnen und Genossen,

2015 ist das Jahr für eine globale nachhaltige Entwicklung. Deshalb standen in dieser Woche auch die UN-Nachhaltigkeitsziele auf der Tagesordnung. 17 Ziele sind für alle Länder verbindlich zu entwickeln. An erster Stelle steht die Forderung, Armut und Hunger zu beenden und allen Menschen ein gesundes Leben zu ermöglichen. Dafür ist noch viel zu tun.

Eure Susanne Mittag

## Fraktion feiert Frauentag



Zum Gedankenaustausch in Berlin, die Delmenhorster Gleichstellungsbeauftragte Petra Borrmann

Vorausschauend hat die SPD-Bundestagsfraktion bereits in dieser Woche den Internationalen Frauentag begangen, der traditionell am 8. März gefeiert wird. Bei einem Empfang mit Frauenministerin Manuela Schwesig und vielen Gästen wurden Erwartungen und Ziele der sozialdemokratischen Gleichstellungspolitik formuliert. Dazu gehört unter anderem die Quote für Frauen in Leitungspositionen und die bessere Vereinbarkeit von Karriere und Kindererziehung. Manuela Schwesig stellte in der Diskussion mit Experten Bausteine einer neuen Zeitpolitik vor, damit alle mehr Zeit für sich und andere in der Gesellschaft gewinnen können. Sie machte aber auch deutlich, dass die berechtigten Ansprüche von Frauen und Familien nicht nur von den Frauen getragen werden können. Für dieses gesellschaftliche Umdenken braucht es die Solidarität und Mitarbeit der Männer. Allerdings dürfen das keine raren Sonderfälle sein, sondern selbstverständliche Normalität. Manche Themen brauchen richtig Gegenwind, um zum Fliegen zu kommen, sagte sie. Das hat sich am Beispiel der Quote deutlich gezeigt. Aus Delmenhorst nahm die Gleichstellungsbeauftragte Petra Borrmann am Empfang teil. Sie ist auch Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und sorgt für die Umsetzung der frauenpolitischen Ziele vor Ort.

Nach dem Willen der SPD-Bundestagsfraktion soll die „Pille danach“ demnächst rezeptfrei abgegeben werden. Das Warten in Ambulanzen oder Arztpraxen hat für die Frauen damit ein Ende. Apotheken sollen verbindlich über die „Pille danach“ beraten, wenn Frauen diese Notfallkonzepte verlangen, die Verschreibungspflicht entfällt.

## Zum Kurzbesuch in Berlin

Spannend und informativ war für eine Gruppe Interessierter aus der Wesermarsch die Teilnahme an einer Plenarsitzung im Bundestag zum Thema Griechenlandhilfe. Auch im Arbeits- und Sozialministerium durften die Gäste einmal hinter die Kulissen schauen und sie erhielten Antworten auf viele Fragen rund um Mindestlohn und Rente. Den Besuch in Berlin, einschließlich einer Diskussionsstunde mit mir hatte Birgit Wilgers geplant und für alle organisiert.

Bei einer Mahnwache war Hatice Kocak aus Delmenhorst von DITIB, Bund muslimischer Frauen, kürzlich mit der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, Staatsministerin Aydan Özoguz, ins Gespräch gekommen. Die Zeit war knapp, viele Fragen blieben offen. Jetzt war Hatice Kocak mit Kolleginnen in Berlin und Aydan Özoguz nahm sich für sie und mich eine Stunde Zeit zum Gespräch über Integration, die Lage der Flüchtlinge und die Bedeutung von Zuwanderung für Wachstum und Beschäftigung.



Mehr als 1500 Gäste aus über 50 Nationen nahmen am Europäischen Polizeikongress in Berlin teil. Die Vorträge und Diskussionen drehten sich unter anderem um eine bessere Vernetzung von Sicherheitsbehörden und den Personalmangel, der viele der Polizeimitarbeiter an den Rand der Belastungsgrenze bringe. Eine dramatische Einsatzverdichtung und fehlendes Personal führe dazu, dass neue Kriminalitätsfälle nicht in ausreichendem Maße geahndet werden könnten, hieß es unter anderem. Auch die Vorratsdatenspeicherung

Terminvorschau: - u.a.-

28.02. 11.00 Uhr Neujahrsempfang der NWZ in Nordenham

vom 2. bis 6. März ist wieder Sitzungswoche in Berlin